

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
23.01.2019

- 3 Antrag auf außerplanmäßige Aufwendungen 2017
Vorlage: 19/SVV/0086
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit

- 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

- 4.1 Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese
Vorlage: 18/SVV/0348
Fraktion DIE aNDERE

- 4.2 Grundstückserwerb Krampnitz
Vorlage: 18/SVV/0521
Fraktion DIE aNDERE
neue Fassung

- 4.3 Grundstücksverkäufe zum Höchstgebot stoppen
Vorlage: 18/SVV/0868
Fraktion DIE aNDERE

- 4.4 Verkaufsstopp für städtische Grundstücke
Vorlage: 18/SVV/0869
Fraktion DIE aNDERE

- 4.5 Lärmschutz - Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit BAB A10
Vorlage: 18/SVV/0884
Fraktionen CDU/ANW, SPD

- 4.6 Stärkung des kommunalen Ehrenamtes
Vorlage: 19/SVV/0073
Fraktion DIE LINKE

- 5 **Mitteilungen der Verwaltung**

- 5.1 Beabsichtigte Vorgehensweise zur Nachnutzung der Biosphäre nach Abschluss
des Werkstattverfahrens und zum Volkspark

- 5.2 Stellenplanerweiterung der Landeshauptstadt Potsdam 2019
Vorlage: 19/SVV/0085
Oberbürgermeister, Fachbereich Personal und Organisation
- 5.3 Direktwahl von Beiräten
Vorlage: 19/SVV/0087
Oberbürgermeister, Fachbereich Recht, Personal und Organisation
- 5.4 Konzept Stadtteilkonferenzen / Stadtteilwanderungen und Bürgersprechstunden
der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 19/SVV/0108
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 6 **Sonstiges**

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.01.2019

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 17 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Anträge auf Rederecht:

- Der **Beteiligungsrat** beantragt Rederecht für **Herrn Tim Ackermann/ Frau Gabriele Struck** zum **Tagesordnungspunkten 5.4** – Stadtteilkonferenzen.
- **Frau Paul, Stadtteilnetzwerk Potsdam West** beantragt ebenfalls zum **Tagesordnungspunkten 5.4** Rederecht.

Zu beiden Anträgen auf Rederecht erhebt sich **kein Widerspruch**.

Zurückstellungen:

- Der **Tagesordnungspunkt 4.1**, Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese, DS 18/SVV/0348, soll zurückgestellt werden, da das Votum des Ausschusses für Bildung und Sport fehlt.
- Der **Tagesordnungspunkt 4.2**, Grundstückserwerb Krampnitz, DS

18/SVV/0521, soll zurückgestellt werden, da das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr fehlt.

Erweiterungen:

Unter **Tagesordnungspunkt 6., Sonstiges**, bittet die Fraktion DIE aNDERE um die Beantwortung der Frage aus der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung,

Wie kamen die Änderungen im Wirtschaftsplan des KIS, in Bezug auf Abriss und Neubau und nicht Sanierung von Haus 2 auf dem Stadtverwaltungsgelände, zustande?

Die so geänderte Tagesordnung wird mit 17 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

Die Niederschrift der 88. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 23.01.2019 wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**.

zu 3 Antrag auf außerplanmäßige Aufwendungen 2017

Vorlage: 19/SVV/0086

Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit

Frau Prestin, Fachbereich Ordnung und Sicherheit, bringt die Beschlussvorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die unabweisbaren außerplanmäßigen Aufwendungen zur Bildung einer zweckgebundenen Rückstellung 2017 in Höhe von 900.792,31 EUR im Produktkonto 5370201.5494300 (Abfallentsorgung. Zuführung zu Rückstellungen aus Gebührenüberdeckung) werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese

Vorlage: 18/SVV/0348

Fraktion DIE aNDERE

Zurückgestellt – fehlt das Votum des Ausschusses für Bildung und Sport.

zu 4.2 Grundstückserwerb Krampnitz

Vorlage: 18/SVV/0521

Fraktion DIE aNDERE

neue Fassung

Zurückgestellt – fehlt das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr.

zu 4.3 Grundstücksverkäufe zum Höchstgebot stoppen

Vorlage: 18/SVV/0868

Fraktion DIE aNDERE

Herr Tomczak äußert sich gemeinsam zu den Tagesordnungspunkten 4.3, Grundstücksverkäufe zum Höchstgebot stoppen und 4.4, Verkaufsstopp für städtische Grundstücke. Die sich daran anschließende Diskussion wird ebenfalls zu beiden Anträgen geführt.

Der Oberbürgermeister verweist auf den in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschluss mit der DS 18/SVV/0967 und den Auftrag, die Leitlinie Grundstücksverkäufe zu überarbeiten. Dabei solle die Möglichkeit von Konzeptausschreibungen gleichwertig in die Richtlinie aufgenommen werden, um klar definierte, nachvollziehbare Bedingungen bei Verkäufen nach Konzept zu formulieren.

Eine Berichterstattung zum Arbeitsstand der überarbeiteten Richtlinie sei für die Stadtverordnetenversammlung im Mai 2019 avisiert und eine Beschlussfassung für November 2019. Bis dahin, so meine er, dürfe es keinen Stillstand geben – dies bittet er bei der jetzigen Entscheidung mit zu berücksichtigen.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er diese Initiative positiv sehe, aber das nicht „handstreichartig“ vollzogen werden könne. Vorerst müsse auf Grundlage des wohnungspolitischen Konzeptes weiter vorgegangen werden und könne keine Grundsatzentscheidung getroffen werden, die keine Bewegung mehr erlaube.

Herr Schüler signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion, wenn sich der Antrag 18/SVV/0869 nicht auf Sanierungsgebiete beziehe. Er schlägt folgende Änderung des 2. Satzes der o. g. Drucksache vor:

Hierunter fallen auch Grundstücke, die Wohnungsbauerwartungsland nach dem aktuellen Wohnungsbaukonzept sind, die nicht in einem durch Satzung festgesetzten Sanierungsgebiet liegen.

Herr Finken spricht sich namens der Fraktion CDU/ANW gegen die Anträge aus, weil hiermit sowohl das Handeln der Stadt als auch das der Pro Potsdam eingeschränkt werde.

Herr Exner betont, dass die Stadtverordnetenversammlung die grundsätzliche Marschroute beschlossen habe und diese nun „gefüllt“ werden müsse. Er werde demnächst in einer Mitteilungsvorlage über die getätigten Verkäufe im Jahr 2018 und die geplanten in 2019 berichten und daran werde man sehen, dass es sich um relativ kleine Grundstücke handele, bei denen es sich eher nicht lohne Bedingungen an den Verkauf zu knüpfen. Denn derzeit trage der Markt auf Grund der Kreditzinsen eben keine Erbbaupacht.

Herr Kolesnyk verweist darauf, dass diese Praxis sich insbesondere auf Ein- und Zweifamilienhäuser sowie besetzte Häuser bezogen habe, sodass er von der Antragstellung überrascht sei. Gerade das sei dann nicht mehr möglich und deshalb plädiere er für eine Ablehnung. Dem schließt sich Herr Dr. Scharfenberg an und spricht sich dafür aus, auf Grundlage der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung genau zu prüfen, in welchen Zusammenhängen Erbbaupacht Sinn mache.

Herr Kirsch betont, dass die Erbpacht weder für Investoren noch für die Stadt attraktiv sei. Dem widerspricht Herr Tomczak, denn zumindest langfristig betrachtet ergebe sich ein Mehrwert, denn ein Grundstück verbleibe im Besitz der Stadt und könne mit Hypotheken belastet werden.

Der Oberbürgermeister empfiehlt Herrn Tomczak, den Antragstext zu ändern, denn die Forderung, ab sofort nicht mehr aktiv Grundstücke verkaufen zu dürfen, müsse aus den bereits genannten Gründen abgelehnt werden. Bezüglich der Forderung nach der Vergabe von Erbbaurechten arbeite die Stadt an einem Konzept und werde diese Praxis auch sonst schon angewendet. Gelten diese Forderungen auch für öffentliche Unternehmen und Genossenschaften, könnte dies für sie unattraktiv sein und sich auf Baumaßnahmen auswirken. Die Konzeptvergabe mit nur der Form der Vergabe von Erbbaurechten werde nicht funktionieren.

Daraufhin schlägt Herr Tomczak vor, diesen Weg auf 5 Jahre – bis zum Jahr 2023 zu begrenzen. Fakt sei, dass der Markt gesteuert werden, und die Stadt Verantwortung übernehmen müsse.

Den Vorschlag von Herrn Exner, die Anträge bis zur Vorlage der Leitlinien zurückzustellen und mit diesen zusammen zu diskutieren lehnt er ab und bittet um Abstimmung der beiden Anträge.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag mit 18/SVV/0868 mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird - auch in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter städtischer Betriebe - beauftragt, dafür zu sorgen, dass künftig keine Baugrundstücke und Wohnimmobilien der Landeshauptstadt Potsdam und ihrer kommunalen Unternehmen mehr zum Höchstgebot verkauft werden.

Alle laufenden Höchstgebotsverkaufsverfahren, die die Stadt selbst für kommunale Wohn- und Baugrundstücke durchführt oder die im Auftrag der Stadt oder städtischer Betriebe durchgeführt werden, sind abzubrechen.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im Januar 2019 über die Umsetzung des Auftrages informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	11
Stimmenthaltung:	6

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 4.4 Verkaufsstopp für städtische Grundstücke
Vorlage: 18/SVV/0869
Fraktion DIE aNDERE

Tagesordnungspunkt 4.3 und 4.4 werden gemeinsam beraten; die Diskussion dazu ist unter dem Tagesordnungspunkt 4.4 zu finden.

Abstimmung:

Die von Herrn Schüler vorgeschlagene Änderung des 2. Satzes der o. g. Drucksache mit folgendem Wortlaut:

Hierunter fallen auch Grundstücke, die Wohnbauerwartungsland nach dem aktuellen Wohnungsbaukonzept sind, die nicht in einem durch Satzung festgesetzten Sanierungsgebiet liegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	10
Stimmenthaltung:	5

Anschließend wird der Antrag in seiner ursprünglichen Fassung wie folgt zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird - auch in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter der städtischen Betriebe - beauftragt, dafür zu sorgen, dass ab dem Tage der Beschlussfassung keine Wohnimmobilien und Baugrundstücke der Landeshauptstadt Potsdam und ihrer kommunalen Unternehmen mehr verkauft werden. Hierunter fallen auch Grundstücke, die Wohnbauerwartungsland nach dem aktuellen Wohnbauentwicklungskonzept sind.

Weiterhin möglich sein soll die Vergabe von Erbbaurechten an städtischen Bau- und Wohngrundstücken. Deren Vergabe soll künftig nicht mehr zum Höchstgebot erfolgen, sondern Konzepte bevorzugen, die die Schaffung von Wohnraum durch gemeinwohlorientierte Träger und Wohnungsgenossenschaften sicherstellen.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im Januar 2019 über die Umsetzung des Auftrages informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	11
Stimmenthaltung:	6

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

**zu 4.5 Lärmschutz - Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit BAB A10
Vorlage: 18/SVV/0884**

Fraktionen CDU/ANW, SPD

Zu diesem Antrag empfiehlt der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung die Zustimmung mit folgender Ergänzung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der zuständigen Behörde in Kontakt zu treten, um eine Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf der BAB A10 Abschnitt Uetz und Marquardter Siedlung in der Zeit von 22.00 Uhr -

6.00 Uhr auf 80 km/h für PKW und 60 km/h für LKW im Rahmen des behördlichen Ermessens zu erwirken.

.....

Herr Finken übernimmt diese Ergänzung namens der antragstellenden Fraktionen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der zuständigen Behörde in Kontakt zu treten, um eine Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf der BAB A10 Abschnitt Uetz und Marquardter Siedlung in der Zeit von 22.00 Uhr - 6.00 Uhr auf 80 km/h für PKW und 60 km/h für LKW **im Rahmen des behördlichen Ermessens** zu erwirken.

Dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung ist bis Februar 2019 ein Zwischenbericht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	16
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 4.6 Stärkung des kommunalen Ehrenamtes

Vorlage: 19/SVV/0073

Fraktion DIE LINKE

Der Antrag wird von Herrn Dr. Scharfenberg eingebracht. Er betont, dass sich dieser ausschließlich auf die Mitglieder kommunaler Vertretungen beziehe und darauf für sie bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. Die gegenüber der Landesregierung ausgelösten Aufträge sollen noch in dieser Wahlperiode abgearbeitet werden. Darauf werde er in seiner Funktion als Landtagsabgeordneter achten. Die entsprechenden Schwerpunkte seien genannt und der Landesregierung auch schon übermittelt.

Herr Jetschmanegg, Dezernent des Geschäftsbereichs Zentrale Verwaltung, betont, dass die Konkretisierung der Zielgruppe nochmal wichtig gewesen sei und schlägt eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit Vertretern der Verwaltung und der Fraktionen vor, die gemeinsam entsprechende Vorschläge erarbeitet. Auch er findet es klug, sich bereits Gedanken darüber zu machen, was geht und was nicht – unabhängig von den Vorgaben des Landes.

Herr Schüler verweist darauf, dass er seine Erfahrungen der letzten Jahre mit einbringen könne, aber was wolle die Stadt vorbereiten, wenn es einen eindeutigen Auftrag an die Landesregierung gebe, aber noch keine diesbezüglichen Ergebnisse.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass es schon Punkte gebe, die davon unabhängig betrachtet werden könnten, wie z.B. die Kinderbetreuung. Wer könnte das besser als die jetzigen Stadtverordneten mit ihren entsprechenden Erfahrungen. Auch er sei dafür, gemeinsam früh damit anzufangen diese Themen zu beleuchten.

Herr Finken spricht sich namens seiner Fraktion ebenso für das Anliegen aus. Seine Fraktion habe erst den Gedanken gehabt, diese Themen den „Neuen“ zu überlassen, aber hier sollten die Stadtverordneten den Mut haben, diese

Entscheidungen zu treffen.

Frau B. Müller plädiert dafür, die Arbeitsgruppe schnell einzusetzen und möglicherweise schon vor der Beschlussfassung in der Märzsitzung der Stadtverordnetenversammlung die ersten Themen zu besprechen. Wenn es hierzu ein entsprechendes Einverständnis gebe, könne man schon aktiv werden.

Herr Dr. Scharfenberg schließt sich dem Vorschlag an. Es müsse das Interesse sein, das kommunale Ehrenamt zu fördern und jetzt gebe es einen Anstoß seitens des Landes. Das sollte genutzt werden, um die Vorgaben vom Land abzufordern und im Zusammenspiel umzusetzen.

Herr Kirsch schlägt vor, die Fraktionen abzufragen, wer dafür zur Verfügung steht und das mit zu beschließen.

Herr Kolesnyk verweist auf die schon bestehende Arbeitsgruppe der Fraktionsgeschäftsführenden und dem Büro der Stadtverordnetenversammlung, in der dies bereits thematisiert wurde. Die Feinheiten sollten dann in der hier genannten Arbeitsgruppe besprochen werden.

Unter der Maßgabe, dass die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe in die Beschlussvorlage aufgenommen und diese schon vorab tätig wird, wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Ausgehend von den entsprechenden Aktivitäten auf Landesebene zur Stärkung der ehrenamtlichen Tätigkeit in den Kommunalvertretungen in den Landkreisen, Städten und Gemeinden sollen auch in der Landeshauptstadt Potsdam die Bedingungen für die Ausübung kommunaler Ehrenämter in der Stadtverordnetenversammlung verbessert werden.

Um zu sichern, dass diese Maßnahmen in der neuen Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung wirksam werden, sollten im Rahmen der städtischen Möglichkeiten entsprechende Vorbereitungen getroffen werden.

Dazu gehören solche Fragen wie die künftige Ausgestaltung der Aufwandsentschädigungen und der Kinderbetreuung, die Fraktionsfinanzierung, die Sicherung der Mobilität, die technische Ausstattung der Stadtverordneten usw.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit dem MIK entsprechende Vorschläge vorzubereiten und der Stadtverordnetenversammlung bis April 2019 vorzulegen.

In diesem Zusammenhang sind auch die Voraussetzungen für die Einführung einer kostenlosen Nutzung des ÖPNV für Stadtverordnete zu prüfen.

Die Stadtverordnetenversammlung setzt eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen ein, die sich mit entsprechenden Vorschlägen befasst.

Ziel ist es, noch in dieser Wahlperiode entsprechende Empfehlungen für die neue Stadtverordnetenversammlung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	17
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 5 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 5.1 **Beabsichtigte Vorgehensweise zur Nachnutzung der Biosphäre nach Abschluss des Werkstattverfahrens und zum Volkspark**

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, führt dazu aus, dass es heutiges Anliegen sei, aus dem Werkstattverfahren und zum weiteren Vorgehen zu informieren. In mindestens 5 Beratungen seien zu dieser Thematik die Stärken und Schwächen der einzelnen Varianten, aber auch die dazugehörenden Risiken betrachtet worden. In der Folge soll der Stadtverordnetenversammlung in der Aprilsitzung das Ergebnis der Diskussion mit dem Ziel vorgelegt werden, die Konzeptidee zu bestätigen. Um das Betreiber- und Finanzmodell weiter zu konkretisieren, werde ein entsprechender Auftrag der Politik benötigt. Er mache schon jetzt darauf aufmerksam, dass das anschließend vorzustellende Konzept nicht alle Fragen beantworten werde.

Anschließend informiert Herr Nicke, Pro Potsdam, über das gewählte Verfahren. Zu Beginn seien alle Ideen gebündelt worden, um daraus 3 Szenarien herauszusuchen, zu bewerten und mit einer favorisierten Idee weiter zu arbeiten. Im Ergebnis dessen wurde die Idee „Biosphäre 2.0“ favorisiert und unter der Maßgabe, Biosphäre und Park zu verbinden, ein Erlebniskonzept entwickelt worden. Dieses Konzept erläutert Herr Nicke an Hand einer Powerpointpräsentation, einschließlich eines Wirtschaftlichkeitskonzeptes mit einer Fünfjahresbetrachtung.

Der Oberbürgermeister schließt daran an und betont, dass am Ende des Workshops die Fraktionsvertreter um ein Votum für die Weiterführung der Überlegungen oder für einen Abriss der Biosphäre gebeten worden seien. Im Ergebnis habe es ein eindeutiges Votum für einen Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Weiterführung des Projektes gegeben. Im Nachgang wurde dieses eindeutige Ergebnis durch Meinungsäußerungen aus den Fraktionen wieder ad absurdum geführt. Für die Entscheidung bittet er mit zu bedenken, dass ein großer Teil – auch der Bürger – den Erhalt der Biosphäre favorisiere und dass es ähnliche Konzepte in anderen Städten gebe, die funktionieren, wenn man sie denn als Bildungseinrichtung begreift. Unabhängig davon bleibe die Einrichtung zuschussbedürftig.

Herr Kirsch betont, dass er von der angekündigten Vorlage Alternativen zur Verwertung des Grundstücks erwarte sowie die Darstellung der Gesamtkosten erwarte. Vor einer Entscheidung müssten erst die wirtschaftlichen Rahmendaten geprüft werden.

Herr Tomczak sieht die Nutzungspotentiale für die Biosphäre relativ beschränkt. Trotzdem seien im Werkstattverfahren die vorhandenen Potentiale deutlich geworden, um auch Potsdam als Marke zu stärken. Die Fraktion DIE aNDERE unterstütze die hier vorgeschlagene Kombination aus Bildung und Unterhaltung.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass die Biosphäre in all den Jahren eine Ausstrahlung entwickelt habe und von Anfang als dauerhafte Einrichtung geplant gewesen sei. Auf Grund des vorliegenden Ergebnisses meine er, das Werkstattverfahren habe sich gelohnt und es geben eine gute Chance das Objekt zu erhalten; und zwar als Biosphäre. Damit müsse nichts Neues erfunden werden, was zu Potsdam passe. Für die notwendigen Investitionen sollten

Fördermittel genutzt werden und er sei sich sicher, dass auch weitere Zuschüsse zu akquirieren seien. Er spricht sich für eine Grundsatzentscheidung noch in dieser Wahlperiode aus.

Herr Hohloch sieht in dem vorgelegten Konzept keine Inhalte mit Alleinstellungsmerkmalen – das gebe es alles bereits in Berlin, wenn auch nicht gebündelt an einem Standort. Darüber hinaus seien Zuschüsse notwendig und werde das Projekt „unfassbar“ teuer. Er glaube auch nicht an konstante Besucherzahlen.

Frau Armbruster äußert Bedenken hinsichtlich des finanziellen Rahmens, weil es sich hier um ein dauerhaftes Zuschussgeschäft handle sowie hohe Investitionskosten plus die jährlichen Betriebskosten von nicht unerheblicher Höhe beinhalte. Im Weiteren äußert sie Bedenken zu den avisierten Besucherzahlen. Im September 2019 öffne in Berlin das Futurium mit einem Wissenstransfer, den man sich wünscht. Potsdam habe andere Erlebniswelten wie den Filmpark, die Schlösser und Gärten, das Barberini u.ä. Diese drei Gründe – Geld, Konzept, Besucherzahlen – lösen die geäußerte Skepsis aus.

Herr Finken betont in seinen Ausführungen, dass er auch angetreten sei, um etwas für den Potsdamer Norden zu tun. Das kam im Rahmen des Workshops nicht so richtig zum tragen. Seine Fraktion sei trotzdem dafür, das vorgeschlagene Konzept weiter zu verfolgen, aber dabei den Kostenfaktor nicht zu vernachlässigen und den Volkspark mit einzubinden. Er sehe schon jetzt einen Mehrwert, auch wenn vieles noch offen sei, weiter untersucht und zusammengeführt werden müsse, um dann eine Entscheidung zu treffen.

Herr Kolesnyk informiert, dass die Fraktion SPD die Konzepte noch nicht abschließend geprüft habe, und das in den nächsten Wochen tun werde. Er betont, dass eine Entscheidung unbedingt benötigt werde, um Klarheit zu schaffen.

Der Oberbürgermeister empfiehlt den Fraktionen, sich die Ergebnisse des Workshops nochmals vorstellen zu lassen; wohl wissend, dass noch nicht alle Fragen zu beantworten sind. Bevor an dieser Thematik weitergearbeitet werde, bedarf es eines Grundsatzbeschlusses.

Herr Rubelt betont, dass er die Diskussion als Anregung mitnehme, um die Vorlage dem Auftrag entsprechend aufzubereiten.

zu 5.2 Stellenplanerweiterung der Landeshauptstadt Potsdam 2019

Vorlage: 19/SVV/0085

Oberbürgermeister, Fachbereich Personal und Organisation

Herr Jetschmanegg, Dezernent des Geschäftsbereichs Zentrale Verwaltung, erläutert die Mitteilungsvorlage an Hand einer Powerpointpräsentation. Auf Nachfrage von Frau Dr. Müller, wie es mit der Stellenentwicklung weitergehe, entgegnet er, dass die Entwicklung des Personalbedarfs nicht abgeschlossen sei. Auf Grund der gesammelten Erfahrungen werde die Verwaltung 2020 diesbezüglich einen neuen Vorschlag unterbreiten. Frau Dr. Müller bedankt sich für die nachvollziehbaren Informationen.

Im Weiteren beantwortet Herr Rubelt die Nachfrage von Herrn Kirsch zum Stellenbedarf im Baubereich.

zu 5.3 **Direktwahl von Beiräten**

Vorlage: 19/SVV/0087

Oberbürgermeister, Fachbereich Recht, Personal und Organisation

Frau Krusemark, Fachbereichsleiterin Recht und Vergabemanagement, erläutert die Mitteilung und die Notwendigkeit die maßgebliche Regelung des § 19 BbgKVerf anzupassen.

Diese Gesetzesänderung, so Herr Dr. Scharfenberg, habe der Landtag im Dezember vergangenen Jahres beschlossen. Herr Dr. Wegewitz ergänzt, dass auch er den Sachverhalt geprüft habe - die in Rede stehende Änderung sei auch bereits veröffentlicht.

Frau Krusemark sagt eine entsprechende Prüfung ihrerseits zu.

zu 5.4 **Konzept Stadtteilkonferenzen / Stadtteilwanderungen und Bürgersprechstunden der Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage: 19/SVV/0108

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Eingangs erhalten Frau Struck für den Beteiligungsrat und Frau Paul für das Stadtteilnetzwerk Potsdam West das Rederecht.

Frau Struck verweist auf die Zielstellung, dem Thema Bürgerbeteiligung in Zukunft eine noch größere Rolle beizumessen. In den vergangenen Jahren habe der Beteiligungsrat hierzu vielfältige positive, aber auch negative Erfahrungen gemacht. Sie fordert, die Rolle des Beteiligungsrates zukünftig noch ernster zu nehmen, die Prozesse transparenter zu gestalten sowie die Arbeit personell und finanzielle mehr zu unterstützen. Das Thema Verkehr bedarf einer transparenten und dauerhaften Kommunikation und Beteiligung; ebenso sei der Beteiligungsrat intensiv und aktiv in die Testphase der Stadtteilkonferenzen mit einzubeziehen.

Frau Paul bittet einen anderen Terminus für die Stadtteilkonferenzen zu wählen, da das Stadtteilnetzwerk Potsdam West bereits seit mehreren Jahren Stadtteilkonferenzen durchführe und sie meine, diese seien inhaltlich ganz anders besetzt.

Der Oberbürgermeister entgegnet bezüglich der Ausführungen von Frau Struck, dass es Gesprächsangebote geben werde, um zukünftig gemeinsam Themen zu entwickeln. Den Hinweis von Frau Paul nehme er auf, um das zu prüfen.

In der sich anschließenden Diskussion bedankt sich Herr Dr. Scharfenberg für die Vorlage und betont, dass mit dem vorgelegten Ansatz über die Antragstellung hinausgegangen und das Thema komplexer betrachtet werde. Das sei sehr ehrgeizig und beinhalte viel Vorbereitung; er hoffe auf ein entsprechendes Durchhaltevermögen.

Herr Wartenberg bittet die Mitteilungsvorlage in der nächsten Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern aufzurufen.

Frau Dr. Müller spricht sich dafür aus, die Auswahl der Orte und Themen nicht allein der Verwaltung zu überlassen sowie die Themen der Bürgersprechstunde zu dokumentieren und evtl. sogar zu veröffentlichen. Im Weiteren bittet sie, das Kinder- und Jugendbüro in die Vorbereitung der Stadtteilkonferenzen mit einzubeziehen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Sonstiges

Die Frage der Fraktion DIE aNDERE, wie die Änderungen im Wirtschaftsplan des KIS, in Bezug auf Abriss und Neubau und nicht Sanierung von Haus 2 auf dem Stadtverwaltungsgelände, zustande kamen, beantwortet Herr Exner, Beigeordneter für Finanzen, Investition und Controlling.

Er verweist auf die augenscheinliche Notwendigkeit auf dem Gelände des Verwaltungscampus „etwas machen“ zu müssen, auch um weitere Arbeitsplätze zu schaffen. In dem Zuge wurde der Abbruch des Hauses 2 und ein Neu- bzw. Erweiterungsbau geplant. Diesbezüglich sei es an der Zeit die Bedingungen auf dem Campus zu ändern, um z.B. die Anmietung weiterer Gebäude zu verhindern. Er schlägt vor, in einer der nächsten Hauptausschusssitzungen die Maßnahmen konkret vorzustellen.